

KZ-Gedenkstätten in Österreich

Ein Blick auf Geschichte und Gegenwart

Erinnerungskultur ist ein umkämpftes Feld. Die Geschichte der KZ-Gedenkstätten in Österreich zeigt, wie stark Formen des Gedenkens von zeitgenössischen Interessen, internationalen Konstellationen und gesellschaftlichen Tabus geprägt waren. Die Entwicklung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen und seiner Außenlager erzählt daher nicht nur von der NS-Vergangenheit, sondern auch vom Wandel des österreichischen Geschichtsbewusstseins bis heute.

Denkt man an aktuelle öffentliche Debatten über Gedenkstätten und Denkmäler, so fällt einem die Auseinandersetzung um das Lueger-Denkmal in Wien oder der Polizeieinsatz im Sommer 2025 am Gedenk- und Lernort Peršmanhof wohl als Erstes ein. Vielleicht auch die Diskussionen um den Umgang mit dem ehemaligen Frauen-KZ-Außenlager in Hirtenberg sowie um belastete Straßennamen.

Die Konflikte entzündeten sich dabei an grundsätzlichen Fragen: Soll ein aus heutiger Sicht problematisches Denkmal wie jenes von Karl Lueger entfernt oder kontextualisiert werden? Soll ein Herbert-von-Karajan-Platz in Salzburg, wo es letztlich um die Bewertung seiner Rolle in der NS-Zeit geht, umbenannt werden? Oder reicht eine Erläuterungstafel? Wie umgehen mit Gefallenendenkmälern, wenn sie, wie im vorarlbergischen Silbertal mit Josef Vallaster den

Namen eines Wachmannes des Vernichtungslagers Sobibor enthalten, der beim Häftlingsaufstand getötet wurde? Sollen, wie im Fall Hirtenberg, Erinnerungszeichen an Orten gesetzt werden, auf die bisher nichts verwies? Wie weit sollen generell Spuren von NS-Verbrechen erhalten werden oder sind nicht nachträgliche Denkmäler adäquater? Sollen Täter_innen benannt oder hauptsächlich an Opfer erinnert werden? Und welcher Opfer wurde aus Gründen gesellschaftlicher Tabuisierung bisher zu wenig gedacht? Man denke an den langen Kampf um Erinnerungszeichen für homosexuelle bzw. queere Verfolgte.

Letztlich geht es bei solchen Fragen der Erinnerungskultur um gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, in denen deutlich wird, wer Mitspracherecht beansprucht und wer tatsächlich entscheidet. Divergierende Interessen und Positionen von Staat, Politik, Zivilgesellschaft,

einzelnen Interessensgruppen oder Historiker_innen können dabei mitunter zu heftigen Konflikten führen.

Grundsätzlich sind öffentliche Debatten über das, was unter dem Begriff „Erinnerungskultur“ gefasst wird, zu begrüßen. Sie sind ein positives Element eines demokratischen Rechtsstaates – sofern sie nicht mit gewaltsamen Mitteln ausgetragen werden. Aus historischer Sicht kann man aber auch nicht ganz ausblenden, dass Denkmalstürze Merkmale von Umbruchzeiten sind, bei denen der Grat zwischen legitimer Aktion und Gewaltausübung schmal sein kann.

Der Vollständigkeit halber sei festgehalten, dass manche Denkmalsetzungen kaum Debatten hervorrufen, siehe etwa die Errichtung der Shoa-Namensmauer vor der österreichischen Nationalbank in Wien (im Unterschied etwa zum Mahnmal für die österreichischen

jüdischen Opfer der Shoa am Judenplatz oder zum Mahnmal gegen Krieg und Faschismus vor der Albertina). Die Debatte über die Frage, welche Kriterien der namentlichen Nennung von Opfern auf diesem Denkmal zugrunde liegen, blieb letztlich ein Expert_innen-Diskurs. Man kann dies begrüßen, aber auch bedauern, wenn man bedenkt, dass die meisten öffentlichen Debatten mit der Setzung/Umbenennung/Umgestaltung/Entfernung von Erinnerungszeichen enden, so sie nicht für aktuelle politische Interessen instrumentalisiert und damit neuerlich Gegenstand von Auseinandersetzungen werden.

Die Geschichte der KZ-Gedenkstätten in Österreich, um die es im Folgenden gehen soll, ist von solchen Fragen geprägt, auch wenn Mauthausen als Gedenkstätte heute weitgehend als unumstritten erscheint, sieht man von rechtsextremen Agitationen einmal ab. Betrachtet man die Nachgeschichte des KZ Mauthausen näher, so wird deutlich, dass auch dieser Ort mit einer langen konfliktreichen Geschichte verbunden ist und, mit Blick auf Außenlager des KZ Mauthausen und das Zweiglager Gusen, Debatten über den Umgang mit diesem Erbe bis heute andauern.

Als US-Armeeeinheiten Anfang Mai 1945 die KZ Mauthausen und Gusen und noch bestehende Außenlager wie Ebensee oder Günskirchen befreiten, in denen insgesamt über 190.000 Personen, vorwiegend Männer, aber auch mehrere tausend Frauen, aus allen Ländern Europas und darüber hinaus eingewiesen worden waren und über 90.000 getötet wurden, war die Zukunft dieser Verbrechensorte noch völlig offen. Für Mauthausen reichten die Nutzungsvorschläge von einem Kinderheim über ein Krankenhaus bis hin zu einer Fabrikationsstätte. In den Augen vieler Überlebender war es vor allem ein Ort des Leidens und Sterbens, an den die Erinnerung durch Errichtung einer Gedenkstätte wachgehalten werden sollte.

Mit der alliierten Zonenregelung fiel Mauthausen ab Sommer 1945 in die sowjetische Besatzungszone, das Lagergelände wurde für einige Monate als Soldatenunterkunft genutzt, stand dann aber bis Sommer 1947 leer. Die anwohnende Bevölkerung demontierte in dieser Phase trotz expliziter Verbote viele Objekte im Lager, an denen in der unmittelbaren Nachkriegszeit Mangel herrschte. Die Bemühungen Überlebender, hier eine Gedenkstätte zu etablieren, führten im Juni 1947 zur Übergabe des Lagergeländes an die Republik Österreich mit der Verpflichtung, dort eine „würdige“ Gedenkstätte zu errichten.

Bis 1949 errichtete die Republik in Zusammenarbeit mit einem neu gebildeten Komitee ehemaliger österreichischer Häftlinge eine im europäischen Vergleich frühe staatliche KZ-Gedenkstätte. Dies ging, nicht zuletzt wegen der zu erwartenden Erhaltungskosten, mit dem Abriss eines großen Teils der Bauten des ehemaligen Lagers einher. Erhalten werden sollten vor allem jene Lagerobjekte, die die zentralen Leidensstationen der Häftlinge repräsentierten.

Eröffnung der KZ-Gedenkstätte Mauthausen

Aus Sicht der Republik verbanden sich mit der Schaffung der Gedenkstätte vor allem außenpolitische Interessen der Darstellung Österreichs als erstes Opfer nationalsozialistischer Aggression. Sprechender Ausdruck dafür ist die Schaffung eines säkularen Weherraums der Häftlingsnationen mit der österreichischen Fahne im Mittelpunkt im ehemaligen Wäschegebäude. Dort wurde auch eine christliche Kapelle eingerichtet, die den in Österreich verbreiteten Re-Katholisierungstendenzen der Nachkriegszeit geschuldet war. In beiden Fällen handelte es sich um eine politische wie religiöse martyrologische Konzeption, die dem Tod der Häftlinge Sinn verleihen sollte.

Die Eröffnung der Gedenkstätte 1949 stand vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges und der Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten unter keinen günstigen Vorzeichen, die Reaktion der österreichischen Öffentlichkeit war weitgehend ablehnend. In maximaler Distanznahme zur Verantwortung der österreichischen Gesellschaft sprachen einzelne Medien vom KZ Mauthausen als einer „landfremden“ und „unösterreichischen“ Einrichtung, die man nicht durch eine Gedenkstätte hätte konservieren sollen. Andererseits kritisierten Häftlingsopferverbände, dass der aufgeräumte Gedenkort einen „sanatorienhaften“ Eindruck erwecke und damit die Realität eines KZs verharmlose.

Nach der Eröffnung der Gedenkstätte 1949 erlahmte in Österreich das Interesse an Mauthausen weitgehend. Die Gedenkstätte wurde zu einem weitgehend marginalisierten Ort, der in der Ikonografie des Wiederaufbaus keinen Platz hatte. In der Gedenkkultur dominierten nun den Nationalsozialismus verharmlosende Kriegerdenkmäler.

Demgegenüber war die internationale Aufmerksamkeit für die Gedenkstätte beachtlich. Die ursprüngliche Konzeption, die belassenen Überreste des Lagers als eigentliches Denkmal anzusehen, konnte die Repräsentationsbedürfnisse der in bipolarer Systemkonkurrenz stehenden wiedererstandenen europäischen Nationalstaaten jedoch nicht erfüllen. Auf dem ehemaligen SS-Gelände entstand so ab den 1950er Jahren eine große Ansammlung von nationalen Denkmälern. Die Orientierung am nationalen Gedenken – das überdies ausschließlich männlich konnotiert war, erst 1970 wurde eine kleine Tafel für die Tausenden im Lager inhaftierten Frauen angebracht – sollte es anderen Opfergruppen lange erschweren, in Mauthausen gleichrangige Denkmäler zu errichten. So entstand erst 1975 ein großes jüdisches Denkmal, für die verfolgten Homosexuellen dauerte es bis in

die 1980er-Jahre, ehe eine Erinnerungstafel angebracht wurde, das Denkmal für Sinti und Roma ließ sogar bis 1998 auf sich warten.

An die Sorge ehemaliger Häftlinge, die renovierten Überreste des Lagers könnten ein verharmlosendes Bild hinterlassen, knüpften sich Forderungen an die Republik nach historischen Erläuterungen und einer Ausstellung, denen nur sehr zögerlich nachgekommen wurde. Aus Sicht der Opferverbände sollten sich die historischen Erläuterungen vor allem an eine Jugendgeneration richten, die in einem Klima der Verdrängung und des Beschweigens kaum Kritisches über den Nationalsozialismus vermittelt bekam. Eine Ausstellung zur Lagergeschichte konnte erst in den 1960er Jahren realisiert werden und war seitens der Republik mit dem Anliegen verknüpft, durch Betonung des österreichischen Widerstandes die Opferthese gegenüber dem Ausland zu untermauern. Die Eröffnung fiel 1970 in den Beginn der Kanzlerschaft Bruno Kreiskys, der in seiner Eröffnungsrede in optimistischer Erwartung die Funktion von Zeitgeschichte für die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft herausstrich.

Das „Museum“ Mauthausen blieb für lange Zeit die einzige Dauerausstellung zur Geschichte des Nationalsozialismus in Österreich – Voraussetzung dafür, dass sich die Gedenkstätte allmählich von einer marginalisierten Einrichtung zum zentralen Ort der Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen in Österreich entwickeln konnte. 1975, 30 Jahre nach der Befreiung, war mit Rudolf Kirchschläger das erste Mal ein Bundespräsident bei den Befreiungsfeiern anwesend, die Besucher_innenzahlen kletterten bis Anfang der 1980er Jahre auf 200.000 pro Jahr.

In den letzten zwei Jahrzehnten war Mauthausen von Reformbemühungen geprägt, die wesentlich mit den politischen Umwälzungen in Europa seit 1989 zusammenhingen.

Das Ende der Nachkriegsordnung hatte international zu einer breiten Debatte über die Repräsentation von Geschichte in Gedenkstätten und ihre Nutzung für staatliche Symbolpolitik geführt, die auch vor der Gedenkstätte Mauthausen nicht Halt machte. War die These von Österreich als dem ersten Opfer des Nationalsozialismus bereits im Zuge der Debatte um den ehemaligen Wehrmachtangehörigen und Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim heftig in Kritik geraten, galt dies nun auch für die Gedenkstätte in Mauthausen, in der die österreichische Mittäterschaft kaum thematisiert wurde.

Letztlich mündete dies in einen bis heute andauernden Prozess der Neugestaltung und Neuorganisation der Gedenkstätte. 2013 wurden die neuen historischen Ausstellungen in Mauthausen eröffnet; 2017 erfolgte die Ausgliederung aus dem Innenministerium, dem die Einrichtung seit 1948 unterstanden hatte, und die Umwandlung in eine selbstständige Bundesanstalt. Seither ist die Reform zu einem dauerhaften Prozess geworden, wobei sich der Schwerpunkt zuletzt verstärkt auf die ehemaligen Außenlager, insbesondere auf Gusen, verlagert hat.

Außenlager – demontiert und überwuchert

Die Entscheidung der frühen Nachkriegszeit, nur das ehemalige KZ Mauthausen als staatliche Gedenkstätte zu etablieren, trug wesentlich dazu bei, dass das Netz von über 40 Außenlagern – in dem inklusive dem KZ Gusen im Herbst 1944 ungefähr sechsmal so viele Häftlinge inhaftiert waren als in Mauthausen – lange Zeit weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt war.

Die Verbrechen des Nationalsozialismus, die vor allem durch die KZ-Außenlager und die Evakuierungsmärsche gegen Ende des Krieges im ganzen Land sichtbar waren, wenn auch in unterschiedlicher Form und Intensität, wurden auf

Mauthausen reduziert und konnten dorthin – als Ort des Schreckens – verbannt werden.

Die Errichtung von Erinnerungszeichen an den Orten ehemaliger Außenlager war in den ersten Nachkriegsjahrzehnten vor allem ein Anliegen der – mehrheitlich nicht österreichischen – ehemaligen Häftlinge. Im Unterschied zu Mauthausen standen die meisten der baulichen Überreste der Außenlager als Anknüpfungspunkte für Gedenkstätten aber nicht zur Verfügung. Barackenlager wie z. B. im Außenlager Bretstein waren schon während des Krieges wieder demontiert worden. Viele der Lagerbauten befanden sich direkt auf dem Gelände jener Firmen, bei denen die Häftlinge Zwangsarbeit leisten mussten, wie etwa in Linz bei den ehemaligen Reichswerken „Hermann Göring“, nun staatliche VOEST.

Die Bereitschaft der Firmen, hier Gedenksteine zuzulassen oder deren Errichtung gar zu fördern, war in den ersten Nachkriegsjahrzehnten kaum gegeben. Noch in den 1980er Jahren weigerte sich die oberösterreichische Brauerei Zipf, auf ihrem Gelände eine Gedenktafel für das zur Produktion von Raketentreibstoff dort eingerichtete KZ-Außenlager aufstellen zu lassen, obwohl zwischen dem Brauerei-Unternehmen und dem Häftlingseinsatz kein direkter Zusammenhang bestand.

Einzelne Außenlager, wie Klagenfurt, Melk oder Schönbrunn, hatten sich auf dem Gelände von Kasernen befunden, die in den 1950er Jahren wieder vom Bundesheer übernommen wurden und somit auch für die Öffentlichkeit nicht zugänglich waren. Die Areale abseits gelegener ehemaliger Außenlager waren in den 1950er Jahren verwildert, Spuren von der Natur begraben, in anderen Fällen war die Verortung durch Schleifung und nachfolgende Überbauung nur mehr schwer möglich.

Manche wichtige, maßgeblich durch KZ-Zwangsarbeit geschaffene

Bauwerke wurden nach dem Krieg fertig gestellt und in Österreich dem Wiederaufbau zugeschrieben. So der Loibl-Tunnel zwischen Kärnten und Slowenien, der vor allem als eine Möglichkeit wahrgenommen wurde, schneller an die Urlaubsorte an der jugoslawischen Küste zu kommen, oder das Ennskraftwerk Großraming, das auf dem Spielplan des beliebten Brettspiels „DKT“ („Das kaufmännische Talent“) als „elektr. Kraftzentrale“ den wirtschaftlichen Fortschritt symbolisierte und für die heranwachsende Generation dessen Entstehungsgeschichte noch einmal völlig ausblendete. Die mit KZ-Häftlingen zu einer unterirdischen Flugzeugfabrik für den sogenannten Heinkel-Volksjäger ausgebaute Seegrotte Hinterbrühl südlich von Wien, ursprünglich ein Gipsbergwerk, wurde wieder als Touristenattraktion eröffnet und wirbt bis heute mit Europas „größtem unterirdischen See“.

Besonders kriegswichtige von KZ-Häftlingen geschaffene gigantische Bauwerke wie die unterirdischen Fabrikanlagen in Ebensee, St. Georgen an der Gusen und Melk, waren in der Regel zunächst nicht zugänglich oder wurden zum Teil durch gezielte Sprengungen der Alliierten militärisch unbrauchbar gemacht. Manche Stollen dienten später zur Champignonzucht oder auch als Abenteuerspielplätze für die anwohnenden Jugendlichen.

Die Fixierung des Gedenkens auf das ehemalige Lager Mauthausen durch die Republik Österreich führte vor allem bei den ausländischen Verbänden ehemaliger KZ-Häftlinge schon Ende der 1940er Jahre zu Bemühungen, Erinnerungszeichen auch an den Orten ehemaliger Außenlager zu errichten.

Dort, wo schon früh Denkmäler von österreichischer Seite angebracht wurden, wurde das Gedenken oft weitgehend enthistorisiert, wie in der von der Gemeinde Peggau 1955 errichteten Gedenktafel für das dortige Außenlager mit den Worten: „Hier ruhen 82 Tote. 1944–1945. Man

kennt nicht ihre Namen, nicht ihre Heimat, wir wissen nur: Sie haben Namenloses erlitten, sie waren aus dem Konzentrationslager Mauthausen gekommen.“ Dieser Text wurde auch beibehalten, nachdem das Denkmal 1983 durch einen rechts-extremen Anschlag zerstört worden war und deshalb neu errichtet werden musste.

Seit den 1980er Jahren hat sich der Umgang mit den Orten der ehemaligen Außenlager entschieden geändert, auch wenn die rezenten Konflikte, wie jener um den Schutz des ehemaligen Lagergeländes des Frauen-KZ-Außenlagers in Hirtenberg, den Eindruck vermitteln, man befände sich noch in den Erinnerungskonflikten der unmittelbaren Nachkriegszeit. Träger von Initiativen für Erinnerungszeichen waren nun meist lokale Gruppen einer jüngeren Generation, die sich kritisch mit der Geschichte des Nationalsozialismus vor Ort auseinandersetzen wollten.

Kooperation in Gedenkprojekten

Nicht zuletzt hat auch die KZ-Forschung seit den 1980er Jahren den Blick auf die Geschichte der Außenlager gerichtet und das Wissen darüber, zum Teil in Kooperation mit lokalen Initiativen, ganz erheblich erweitert. So entwickelte sich in Melk aus einer eher vernachlässigten kleinen Gedenkstätte im ehemaligen Krematorium auf Basis wissenschaftlicher Forschungen in Kooperation mit dem lokalen Verein „Merkwürdig“ eine sehr aktive Gedenkstätte, die mittlerweile in die Bundesanstalt Mauthausen integriert ist. Ähnliches gilt für die KZ-Gedenkstätte in Ebensee, wo dieser Prozess durch die gleichzeitige Einrichtung einer Gedenkstätte und des *Zeitgeschichte Museum Ebensee* schon länger in Gang war.

Eine besonders dynamische Entwicklung lässt sich derzeit am Erinnerungsort Gusen beobachten. Die langjährigen Forderungen des lokalen Gedenkdienstkomitees, unter-

stützt u. a. von der diplomatischen Vertretung Polens, die Gedenkstätte entsprechend der historischen Bedeutung des Lagers Gusen zu entwickeln, führten in den letzten Jahren zum Ankauf von noch vorhandenen Teilen des ehemaligen Lagergeländes durch die Republik Österreich. War die Neugestaltung in Mauthausen von einer kleinen Gruppe aus Expert_innen konzipiert worden, die auch zur Kritik mangelnder Partizipation führte, wurde nun unter Leitung der Bundesanstalt Mauthausen erstmals ein professionell moderierter großer Beteiligungsprozess unter Einbindung aller in- und ausländischen Interessensgruppen, der betroffenen Gemeinden und der anwohnenden Bevölkerung durchgeführt, der Basis für einen nachfolgenden Architekturwettbewerb für die Gestaltung des Ortes war. In den nächsten Jahren wird hier nun nach Mauthausen die größte KZ-Gedenkstätte in Österreich entstehen. Bei allen Rückschlägen, die es in der Entwicklung der KZ-Gedenkstätten in Österreich mit Blick auf Hirtenberg immer wieder gibt, kann man positiv an Beispielen wie Gusen, Melk, Bretstein oder dem Loibl-Pass mitnehmen, dass eine breite Beteiligung, konkret das Zusammenwirken von regionalen gesellschaftlichen Initiativen, professionellen Gedenkinstitutionen und der Wissenschaft, am ehesten dazu führt, Gedenkprojekte erfolgreich zu realisieren, auch wenn es dafür oft einen langen Atem braucht.

Bertrand Perz:
Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen. 1945 bis zur Gegenwart.
Innsbruck-Wien-Bozen:
Studienverlag 2006.

Bertrand Perz, bis 2023 Univ. Prof. am Institut für Zeitgeschichte, ist Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates der KZ-Gedenkstätte Mauthausen.